

Bericht aus Brüssel 1/2015

02.04.2015



Sehr geehrte Damen und Herren,

der Blick Europas richtet sich derzeit wieder verstärkt nach Griechenland. Die Verteidiger des Rettungsschirms schwinden und es bleibt ein Kopfschütteln über das Gebahren des Ministerpräsidenten Alexis Tsipras, der sich von Europa abzuwenden scheint. Zu unserem modernen Europa gehört der Frieden und die Solidarität. Doch auch die Solidarität der deutschen Steuerzahler hat Grenzen, wenn Abmachungen der anderen Seite nicht eingehalten werden.

Dies, die Zukunft der europäischen Milchwirtschaft sowie das Freihandelsabkommen TTIP sind unter anderem die Themen, über die ich Sie heute in meinem Brief aus Brüssel informieren möchte.

IHRE ULRIKE MÜLLER



Euro-Krise: Wie geht es mit Griechenland weiter?

Die Politik zur Rettung Griechenlands ist meines Erachtens gescheitert. Die bekannt gewordenen möglichen Liquiditätsprobleme Griechenlands und insbesondere der nicht endende Widerstand Griechenlands, die Spar- und Reformauflagen vollumfänglich einzuhalten, macht es unmöglich, das Land weiterhin im Euro zu behalten. Der Plan „Finanzhilfen gegen Reformen“ geht nicht auf. Die Haftungsrisiken werden für uns immer größer. Aus dieser Sackgasse, in die uns Bundeskanzlerin Angela Merkel hineinmanövriert hat, wird es immer schwieriger, wieder herauszufinden. Denn ein Eingeständnis, dass vor Jahren schon zu Beginn der Griechenland-Rettung Fehler gemacht wurden, wäre heute für die politischen Eliten in Berlin eine zu große politische Bankrott-Erklärung.

Ein großes Problem ist die notwendige Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands. Es gibt kaum Industrie, dafür aber einen überdimensionierten Dienstleistungssektor, dessen Angebote weder im In- noch im Ausland ausreichend nachgefragt werden. Über ein neues Griechenland-Paket wird ja bereits diskutiert. Dass aber die Haftungssummen ein weiteres Mal zu Lasten der deutschen Steuerzahler ausgedehnt werden, muss spätestens dann verhindert werden. Eines steht heute allerdings schon fest: Egal ob sich der weitere Weg Griechenlands innerhalb oder außerhalb der Eurozone fortsetzt, er wird in jedem Fall teuer für uns. Ich bin allerdings davon überzeugt, dass ein Ausstieg Griechenlands aus der Euro-Zone für uns wirtschaftlich aber auch politisch als „kleineres Übel“ weitaus günstiger kommt.



Unsicherheit beim Wegfall der Milchquote beseitigen

Die Perspektiven des EU-Milchsektors sind derzeit ein Top-Thema im Agrarausschuss (AGRI) des Europaparlaments. Als Mitberichterstatterin habe ich mich intensiv in die Thematik eingearbeitet. Das Ende der staatlichen Mengenbegrenzung zum ersten April 2015 sorgt derzeit für Unsicherheit bei vielen Milcherzeugern. Es gilt aber, jetzt den Blick nach vorn zu richten. Die Umsetzung des bereits beschlossenen Milchpaketes der EU war ein wichtiger Teil der Arbeit der vergangenen Wochen. Während in Deutschland die Zusammenschlüsse der Milcherzeuger und klare Vertragsgestaltungen längst gängige Praxis sind, haben andere Staaten bisher kaum von diesen Möglichkeiten Gebrauch gemacht.

Neben den Vertragsbeziehungen zwischen Milchbauern und Molkereien sind auch die Strukturen und Praktiken des Lebensmitteleinzelhandels derzeit Thema im Parlament. Insbesondere in Deutschland ist hier ein ungesundes Machtverhältnis zwischen den Handelsriesen und den zersplitterten Milchverarbeitungsbetrieben entstanden. Hier muss gegengesteuert werden.

Als Lehre aus der letzten Milchkrise wurden die Verfahren für Markteingriffe der EU-Kommission vereinfacht. Derzeit werden weitere mögliche Absicherungsmechanismen intensiv geprüft. Ich möchte den politischen Rahmen so mitgestalten, dass die Milchbauern die Chancen, die sich durch den Wegfall der Quotenregelung ergeben, auch nutzen können.

(Gemeinsam im Bild mit meiner schwedischen Fraktionskollegin Marit Paulsen, Folkepartiet liberalerna)

Forststrategie: Wahrung der Eigentumsrechte und Subsidiarität

Wichtige inhaltliche Punkte konnte ich bei der Abstimmung zur gemeinsamen Forststrategie des Europäischen Parlaments im Agrarausschuss durchsetzen. Diese Abstimmung war der erste positive Schritt hin zu einer nachhaltigen Nutzung und umfassendem Schutz der europäischen Wälder. Als Berichterstatterin für die ALDE-Fraktion im Agrarausschuss war mir die Wahrung der Eigentums- und Besitzrechte der Privatwaldbesitzer sowie die Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips äußerst wichtig. Diese Punkte müssen in der gemeinsamen Forststrategie, die das Europäische Parlament ja bereits bis April in trockenen Tüchern sehen will, durchgesetzt werden. Die vorgeschriebene kaskadierende Verwendung von Holz und einzelbetriebliche Waldwirtschaftspläne lehne ich entschieden ab und habe dies im Ausschuss auch deutlich gemacht.

Ich freue mich, dass unsere Positionen im Sinne einer Anerkennung der Multifunktionalität aufgenommen wurden und wünsche mir, dass die Kritikpunkte des Parlaments von der Kommission gehört werden.

Rote Linien beim Freihandelsabkommen TTIP

Das Europäische Parlament berät derzeit über Empfehlungen, die die Europäische Kommission bei den Verhandlungen über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft berücksichtigen sollen. Handelsabkommen bedürfen seit dem Vertrag von Lissabon immer zwingend der Zustimmung des Europäischen Parlaments. Meine Bedenken zu TTIP habe ich in über 60 Änderungsanträgen eingebracht. Mein Anliegen war ein Höchstmaß an Transparenz, die Verhinderung eines Investitionsschutzes durch Schiedsgerichte, der Erhalt unserer Standards, der Erhalt des Meister-Vorbehalts in handwerklichen Berufen und selbstverständlich der Schutz öffentlicher Dienstleistungen, wie die Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit und soziale Dienstleistungen. Inwieweit ich mich hier an der einen oder anderen Stelle durchsetzen werde, hängt von den noch bevorstehenden Abstimmungen in den Ausschüssen und im Plenum ab.



Abschaffung von Roaming-Gebühren in Europa

In meiner Fraktion der Allianz der Demokraten und Liberalen (ALDE) unterstütze ich die Kampagne gegen die Entscheidung der europäischen Regierungen im Rat: Geht es nach ihnen, soll es nicht vor 2018 zu einer Abschaffung des Roamings in Europa kommen. Noch immer langen die Mobilfunk-Anbieter bei den Gebühren kräftig zu, nutzt ein Kunde das Handy grenzübergreifend. Das passt nicht zu einem Europa, das immer mehr zusammenwächst und ist verbraucherfeindlich. Auch das Ziel eines digitalen Binnenmarkts, der gewaltige Potenziale für Wachstum und Arbeitsplätze verspricht, würde damit verfehlt werden. Es ist nicht plausibel, dass die Mitgliedstaaten über Jahrzehnte darauf hinarbeiten, volle Freizügigkeit in Europa zu erreichen, ja sogar mit dem Euro eine einheitliche Währung für die Erleichterung des Zahlungsverkehrs innerhalb Europas einführen, aber die Abschaffung der Roaming-Gebühren blockieren

FW NEO in Hamburg und Geilenkirchen

Im Rahmen des FREIE WÄHLER Netzwerks Europa vor Ort (FW NEO) werde ich im April jeweils eine Veranstaltung in Hamburg und im nordrhein-westfälischen Heinsberg abhalten.

Am Freitag, 17. April werde ich im InterCity Hotel Dammtor-Messe in Hamburg ab 18.45 Uhr zu den Themenbereichen Fracking, TTIP und Neue Mobilität sprechen.

Am Freitag, 24. April werde ich um 19.00 Uhr im Sportpark Loherhof in Geilenkirchen zum Thema Maut sprechen.

ulrike.mueller@europarl.europa.eu

www.mueller-ulrike.de